



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

527 (11.11.1918) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-182332](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-182332)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verlag: Mannheimer General-Anzeiger, 6800 Mannheim, Postfach 1000. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Monat. Ausland: 50 Pf. pro Monat. Druck: 1918.

Regierungspreis: Die 1. Post. Nummer 40 Pf. Mannheimer General-Anzeiger, 6800 Mannheim, Postfach 1000. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Monat. Ausland: 50 Pf. pro Monat. Druck: 1918.

Beilagen Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — Das Weltgeschehen im Bilde in moderner Kupferdruck-Ausführung

Die Waffen ruhen.

Abstellung der Feindfeststellungen an der ganzen Front.

Der letzte deutsche Tagesbericht
Großes Hauptquartier, 11. Nov. (M.D. Amtl.)
Westlicher Kriegsteil.
Bei der Abwehr amerikanischer Angriffe östlich der Maas zeichneten sich durch erfolgreichen Gegenangriff das brandenburgische Infanterieregiment 207 unter seinem Kommandeur Oberstleutnant Hennigs und Truppen der 102. sächsischen Infanteriedivision unter Führung des Oberstleutnants von Zschau, Kommandeur des Infanterieregiments 183 besonders aus.

Infolge Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags wurden heute Mittag an allen Fronten die Feindfeststellungen eingestrichelt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ordnung.
M.D. 11. Nov. (M.D. Nichtamtlich.) Die dem Arbeiter- und Soldatenrat untersuchende Heilige Justizspruchkammer hat folgenden Justizspruch ausgesprochen:
Marschall Joch an die Oberkommandierenden!
1. Die Feindfeststellungen werden an der ganzen Front am 11. November 11 Uhr französischer Zeit eingestrichelt werden.
2. Die allerletzten Truppen werden bis auf weiteres beibehalten, die an diesem Tage und zu dieser Stunde erzielten Linien nicht zu überschreiten.

Marschall Joch.

Wir würden uns des Tages von Herzen freuen, an dem endlich die Waffen zur Ruhe gekommen sind, wenn nicht die unersättlichen Wunden der Feinde, die wir haben, uns daran hindern, alle große Freude in uns erdieten. Wie haben wir uns diesen Tag gedacht, anders doch auch nicht, als die Hoffnungen auf einen siegreichen Ausgang zu sein. Wir dachten auch dann noch als Gleichberechtigte verhandeln zu können, gestützt auf ein Heer, das die Waffen und Waffen hielt, mit dem Schwert in der Hand zu kämpfen und alle übermäßige Forderungen mit dem Griff des Schwerts ablehnen zu können. Heute können wir dem Feinde nicht mehr wehren. Unsere Flotte ausgeliefert, die Luft selbst hört auf, ein deutsches Meer zu sein. Durch den Verlust werden die englischen Schiffe fahren, um auch in der Ostsee die Rechte deutschen Einflusses zu brechen. Feindliche Besatzungen in Straßburg, Metz, Mainz, Koblenz und den benachbarten Gebieten des germanischen Rheinlandes und den auf dem rechten Rheinufer beanspruchten neutralen Streifen. Noch vor der Feinde geschlossen ist, wird Deutschland militärisch und wirtschaftlich in einen Zustand völliger Machtlosigkeit versetzt. Es ist an allen Wiederein gebunden der Willkür ausgeliefert. Der Feinde ohne weiteres folgen, wie der Feinde aussehen wird, der auf diesem Waffenstillstand ruhen wird.

Die Frankfurter Zeitung wagt zwar zu hoffen, daß der Vertrag, der mit der deutschen Demokratie geschlossen wurde, das Beständige bringen werde im Gegensatz zu dem Waffenstillstand, der Wilhelm II. auferlegt ist. Welche gefährliche Illusion! Als die Waffenstillstandsbedingungen formuliert wurden, mußte die Entente ganz genau, daß Wilhelm II. ein Mann sei, und daß die deutsche Republik kommen werde, wußte sie also, daß nicht Wilhelm II., sondern das deutsche Volk die unersättlichen Kosten dieses Waffenstillstandes tragen mußte, wußte sie aber auch, daß das deutsche Volk sich entscheiden habe, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden und die sozialdemokratische Republik zu erklären.

Wir müssen also heute ganz bestimmt damit rechnen, daß der Feinde dem Waffenstillstand entgegensteht. Es müßte sein, daß die Revolution auf unsere westlichen Feinde übergriffe. Aber wir müßten vor Illusionen warnen, die im deutschen Volke gehegt werden. Die Stimmung im französischen und englischen Volke ist nicht auf Aufbruch und Umsturz gerichtet, sondern auf Auskosten des Feindes.

Wir vermögen und des heutigen Tages nicht mit hellem Verstand zu freuen, so sehr es uns alle erleichtert, daß des Wortes ein Ende ist.
Aber wir grüßen heute die toten Felder, die draußen stehen und den unendlichen Schmerz dieser Tage nicht mehr zu tragen brauchen, und wir grüßen die Mütter und Frauen, die sich der Heimkehr der Söhne und Männer freuen dürfen, die wissen, daß keine feindliche Augen ihrem Leben mehr ein Hindernis sein wird.

Wichtige Besprechungen deutscher u. französischer Diplomaten zur Regelung der Ostfrage.
M.D. 11. Nov. (Priv.-Tel.) Der „Kölnische Zeitung“ meldet das Ukrainische Telegraphenbüro, daß gegenwärtig in der Schweiz wichtige Besprechungen zwischen deutschen und französischen Diplo-

maten zur Regelung der Ostfragen stattfinden, insbesondere der Ukrainischen, der weißruthenischen und der polnischen Frage.

Der Bürgerkrieg muß vermieden werden.

Berlin, 10. November. (M.D. Nichtamtlich.)

Un das Heimatheer!
Der Waffenstillstand steht vor der Tür, der Frieden wird ihm folgen. Der Augenblick naht, wo das Blutvergießen ein Ende hat. Auch in der Heimat wurde trotz der tiefgreifenden Umwälzungen das Blutvergießen bisher fast ganz vermieden. Die Männer der neuen Regierung erklären, daß Recht und Ordnung unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müssen. Daher muß auch das Heimatheer und das Heimatvolk mit allen Kräften mitwirken, nur dann kann die ordnungsmäßige Durchführung des Friedens und die Entlassung der Mannschaften stattfinden, nur dann kann auch die Ernährung von Volk und Heer wieder gesichert werden. Der Bürgerkrieg muß vermieden werden. Alle militärischen Dienststellen haben ihre Dienstgeschäfte unverändert weiterzuführen. Die Bildung von Soldatenräten und die Betätigung dieser Soldatenräte an der Abwicklung des Dienstes ist bei allen Formationen durchzuführen. Ihre Hauptaufgabe ist, bei der Einrichtung des Ordnungsmittels und Sicherheitsdienstes mitzuwirken und das engste Einvernehmen zu den Mannschaften und deren Führern herzustellen. Von der Waise gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder bei gemeinen Verbrechen und zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.
Eberl, Reichskanzler. Scheuch, Kriegsminister. Gohre, Mitglied des Reichstags.

Große Konferenz zwischen dem Kabinett und dem Soldaten- und Arbeiterrat.

Berlin, 11. November. (Von unserem Berliner Büro.) Heute nachmittags um 3 Uhr findet eine große Konferenz zwischen dem Kabinett und dem Soldaten- und Arbeiterrat statt, in der eine Reihe von Entscheidungen organisatorischer Beschlässe gefaßt werden sollen. Dem Reichskanzler sind aus einer großen Anzahl von deutschen Städten Regungstelegramme zum Sieg der Sache der Volksfreiheit zugegangen.

Das Berliner Straßenbild.

Berlin, 11. Novbr. (Von unserem Berliner Büro.) Das Straßenbild Berlins ist heute ruhig. Die Straßenbahn, die Untergrundbahn und die städtischen Bahnen verkehren wie sonst. Für das Bewerten des Publikums auf der Straße nach 8 Uhr ist eine Bestätigung des Arbeiter- und Soldatenrates notwendig. Infolgedessen ist es noch nicht sicher, ob die Theater heute Abend spielen können. Die Schutzmannschaft von Groß-Berlin hat sich heute vollständig zum Dienst gestellt, auch die Kriminalpolizei und die Beamten des inneren Dienstes der Polizeipräsidien Groß-Berlins haben fast überall ihren Dienst wieder aufgenommen. In den Markthallen entwickelte sich heute früh ein reger Verkehr, doch bewegten sich die Käufer meistens des Publikums in normalen Grenzen. Die Zufuhr der letzten Tage scheint genügend zu sein. Die meisten Geschäftsbücher und die meisten Lebensmittelgeschäfte wurden wieder eröffnet, dagegen sind noch einige große Restorants geschlossen. Der Börsevorstand beschloß nach kurzer Beratung, die Börse mit Rücksicht auf die noch ungeklärten Verhältnisse auch heute noch geschlossen zu halten. Bei den Berliner Großhändlern widdelte sich der Verkehr heute Vormittag in durchaus geordneten Bahnen ab.

M. Adln, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Die heutigen Berliner Morgenzeitungen veröffentlichen eine Reihe von Aufrufen der neuen Regierung, die zur Ordnung mahnen und die Wiederaufnahme jeder Arbeit für morgen anordnen. In der Stadt Berlin selbst ist es im Laufe des gestrigen Tages noch vielfach zu Schieberereien gekommen, weil sich in einzelnen Bezirken des Zentrums noch monarchisch gefärbte Soldaten verschanzt haben. Teile soll es dabei nicht gegeben haben, wenigstens wird in den Blättern, auch im „Vorwärts“, nichts davon berichtet. Im übrigen beschäftigen sich die meisten Morgenblätter, die erschienen sind, mit den Waffenstillstandsbedingungen. Selbst der „Vorwärts“ bezeichnet sie als fürchtbar, es sei aber nach dem vollständigen Zusammenbruch des alten Systems nichts anderes übrig geblieben, als sie anzunehmen. Um sie endlich zu erfüllen, müsse man eine geordnete Regierung haben. Aufgabe der neuen Regierung wird es sein, einen raschen und möglichst guten Frieden zu schließen. Die „Post“ und die „Deutsche Tageszeitung“ führen aus, daß durch diese Bedingungen die Entehrung und Verflachung Deutschlands beseitigt sei.

Wiederaufnahme der Arbeit in Essen.

Berlin, 11. November. (Von unserem Berliner Büro.) Die B. Z. meldet aus Essen: Heute wurde auf den Kruppischen sowie auf allen übrigen hiesigen Betrieben, in denen seit Samstag gearbeitet wurde, die Arbeit wieder aufgenommen. Der Sonntag ist im Ruhrrevier ruhig verlaufen.

Kaiser Wilhelm in Holland.

Amsterdam, 10. Nov. Mitternacht. (M.D. Nichtamtlich.) Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die holländische Regierung die Internierung des Kaisers beschlossen habe. Der Kaiser befindet sich noch in Eindhoven. Er wird morgen 8 Uhr 15 Minuten nach Niddachten abfahren.

Aus dem Haag, 11. Nov. (M.D. Nichtamtlich.) Holländische Blätter melden: Heute früh 7 Uhr trafen in Eindhoven an der Straße von Wisse 10 Autos mit dem kaiserlichen Wappen ein. Die Insassen waren der Kaiser, der Kronprinz, Generalfeldmarschall von Hindenburg, mehrere Offiziere und Hofwürdenträger. Sie verließen Eindhoven um 8 Uhr morgens und fuhren über Berniers und Baticlo. Um 8 Uhr morgens traf in Eindhoven der Hofzug mit Achsen und dem Personal des Großen Hauptquartiers ein. Die Autos wurden auf Waggonen geladen und mit der Eisenbahn setzte der Kaiser und sein Gefolge die Fahrt in nördlicher Richtung fort. Eine andere Meldung besagt, daß der Kaiser und die Kaiserin, der Kronprinz und Generalfeldmarschall von Hindenburg mit Gefolge, im ganzen 51 Personen, an der Grenze antraten. — Nach einer Meldung des Handelsblad aus Maastricht soll der Kaiser mit einem Teil seines Stabes und der Hofhaltung heute früh bei Eindhoven über die Grenze gekommen sein, nach einer anderen Meldung im Kasseler Abendblatt bei Arnhem abgestiegen sein. — Le Nouvelle im Haag meldet, daß die deutsche Garnison in Vütlich gemeinert, alle Offiziere abgesetzt und die rote Flagge an verschiedenen Stellen gehißt habe. An verschiedenen Stellen hätten sich bereits belgische Fahnen gezeigt. Kronprinz Ruprecht und das Generalgouvernement sollen auf der Flucht sein.

Berlin, 11. November. (Von unserem Berliner Büro.) Die Meldung der holländischen Wäiter, daß Hindenburg ebenfalls in Holland eingetroffen sei, widerspricht die Mitteilung des A. und S. Rates, wonach Hindenburg sich ihm zur Verfügung gestellt habe. Auch bezüglich der Kaiserin verlautet von anderer Seite, daß sie sich noch in Deutschland befinde. Sie sei schwer erkrankt und die Kronprinzessin mit ihren Kindern sei bei ihr.

Generalstreik in der Schweiz.

c. Von der Schweizer Grenze, 11. Nov. (Priv.-Tel. g. R.) Die „Zürcher Morgenzeitung“ meldet: In der Schweiz ist der Generalstreik proklamiert worden. Das Dittener Aktionskomitee erhebt gegen das Truppenangebot Protest. Es fordert die Arbeiter im Beschlusse auf, sofort den Gehorsam zu verweigern, sobald ihnen befohlen wird, ihre Waffen gegen das Volk zu richten. Es fordert die sofortige Aufhebung der durch nichts zu rechtfertigenden Gewaltmaßnahmen der bürgerlichen und militärischen Diktatur.

Steigerung der innerpolitischen Spannung der Schweiz.

Berlin, 11. Novbr. (Von unserem Berliner Büro.) Die „B. Z.“ meldet aus Bern: Die innerpolitische Spannung in der Schweiz hat eine weitere Steigerung erfahren. Das Dittener Aktionskomitee forderte die sofortige Zurückziehung der Truppen aus Zürich, andernfalls der Generalstreik unbefristet fortgesetzt werden würde. Die Zürcher Arbeiterunion beschloß mit 51 gegen 45 Stimmen die Fortsetzung des Proteststreikes und verlangt die Aufhebung des Versammlungsverbotes und die Anerkennung der russischen Sowjetregierung. — Der Bundesrat beschloß darauf in einer heute abgehaltenen Sitzung die Aufrechterhaltung der bisherigen Maßnahmen. Bei einer Fortsetzung des Streiks soll der gewaltsamen Schließung der Geschäfte nötigenfalls mit militärischer Gewalt entgegengetreten werden. Die Sowjetregierung wird nicht anerkannt und verläßt Montags Bern.

Kriegsausbruch der deutschen Landwirtschaft.

Der Kriegsausbruch der deutschen Landwirtschaft erläßt folgenden Aufruf:
Die Ernährung des deutschen Volkes ist aufs schwerste gefährdet, wenn Unruhen auf dem Lande ausbrechen. Ihrer Aufrechterhaltung stehen schon jetzt die größten Schwierigkeiten entgegen. Sie werden bei Eintreten der Demobilisierung und bei Rückkehr der Truppen in außergewöhnlichem Maße sich noch steigern. Es ist jetzt oberste Pflicht aller Behörden wie aller Teile der Bevölkerung, unsere Ernährungswirtschaft im Interesse des Volksganzen in volstem Umfang aufrechtzuerhalten. Jede Störung der Ordnung auf dem Lande muß mit allen Mitteln verhindert werden. Soll die Landwirtschaft lieferungsfähig bleiben, so muß die Sicherung ihrer Betriebe voll gewährleistet werden. Diese Aufgabe fällt in erster Linie den Behörden zu; sie kann aber nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn auch die Landwirtschaft selbst durch sofortige Bildung von Orts- oder Gemeindebeiräten für den nötigen Schutz ihrer Betriebe und der geordneten Vierung sowie für die tatkräftige Abwehr aller eigenmächtigen Eingriffe in dieselben sorgt. Jedes Ruwarten kann verhängnisvoll werden. Wir fordern deshalb die landwirtschaftliche Bevölkerung auf, sofort mit der Bildung solcher Orts- und Gemeindebeiräte vorzugehen. Diese Ausschüsse müssen gebildet werden

den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie müssen getragen sein von dem Vertrauen aller ländlichen Kreise; sie dienen...

Die Orts- und Gemeindeausschüsse haben bei der ausgiebigen Erfassung der für die Gesamtheit erforderlichen Lebensmittel, wie besonders auch bei der nachdrücklichen Bekämpfung...

Bei der Begründung dieser Ausschüsse wird man sich selbstverständlich, soweit die Arbeitgeber in Frage kommen, in erster Linie mit an diejenigen Männer zu halten haben, die jetzt schon in den bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen...

Wir richten diesen Appell an die betroffenen Vertretungen der deutschen Landwirtschaft in den einzelnen Bundesstaaten und Provinzen mit der dringenden Bitte, mit Rücksicht auf den schmerzhaften Grad der Lage mit größter Beachtung an die Ausführung dieser Maßnahmen heranzutreten...

Dies bei Bildung der Orts- bzw. Gemeindeausschüsse auf besondere lokale Verhältnisse entsprechende Rücksicht zu nehmen ist, braucht nicht besonders ausgesprochen zu werden.

Es darf angenommen werden, daß das Kriegsernährungsamt die Errichtung derartiger Orts- oder Gemeindeausschüsse für durchaus zweckmäßig oder notwendig erachtet und daß es sich weitgehend bei der Regelung der Ernährungsverwaltung der Mitarbeit dieser Ausschüsse bedienen wird.

Kriegsausschuss der deutschen Landwirtschaft

Deutscher Landwirtschaftsrat, Bund der Landwirte, Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften, Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte.

Wirtschaftliche Demobilisierung.

Der Bundesrat hat durch Verordnung vom 7. November 1918 die gesetzliche Grundlage zur Durchführung der wirtschaftlichen Demobilisierung geschaffen. Diese wird den Ausgleich der gewaltigen Umwälzung fördern, welche die Kriegswirtschaft in der Arbeiterschicht verursacht hat.

Die Durchführung der Anordnungen des Reichskanzlers oder der von ihm damit beauftragten Stelle soll durch Demobilisierungskommissionen erfolgen. deren Wirkungskreis von den Landeszentralbehörden für Bezirke der höheren Verwaltungsbehörde oder besonders bestimmte Bezirke festgelegt wird, wobei die Möglichkeit offen bleibt, diese Bezirke über mehrere höhere Verwaltungsbehörden verschiedener Bundesstaaten auszuweiten.

Der Umfang des deutschen Sprachgebietes in Oesterreich.

von. Der Staat Deutsch-Oesterreich ist eine Tatsache; aber keine Grenzen stellen noch nicht fest. Am nächsten liegt der Gedanke, daß der neue Staat alle diejenigen Gebiete umfassen soll, in denen Deutsche gesprochen worden sind.

Wäunen die große Diaspora, was mit ihrer Eigenschaft als Kulturträger dieser Gebiete zusammenhängt. Wohnen doch 2 1/2 in Galizien 50000, in der Bukowina 170000 Deutsche (mehr als ein Fünftel der Bevölkerung des „Rücklandes“); gibt es doch ferner über 1/2 baltische Erbkinder mit Baltischer in Kain, die aus geographischen Gründen schwer dem Staate Deutsch-Oesterreich angegliedert werden können. Zweitens bedeutet eine Regelung, die sich nach der Kopfhöhe richtet, schon an sich eine Schädigung des Deutschtums, weil die Bedeutung der Deutschen in Oesterreich weit über ihre Kopfhöhe hinausgeht. So zahlte z. B. nach den Feststellungen von Rausberg ein Deutscher in Oesterreich doppelt so viel Steuern wie ein Tscheche oder Ukrainer, 4 1/2 mal so viel wie ein Pole, 6 mal so viel wie ein Südlaw. Inwiefern wird man damit rechnen müssen, daß ein für die Deutschen günstigeres Prinzip als die Abgrenzung nach geschlossenen Sprachgebieten nicht durchzuführen sein wird. Dann würde Deutsch-Oesterreich etwa 103000 Ukr. und von den rund 10 Millionen Deutschen, die es im Jahre 1910 in Oesterreich gab, etwa 9600000 umfassen. Ueber 300000 Deutsche entfallen auf die Diaspora und die Tschechen. Wenn die Slowaken sich so viele Deutsche einverleiben, so dürfen sie sich auch nicht beklagen, daß mit Niederösterreich etwa 122000 Tschechen, die zum größten Teil in Wien wohnen, zum deutsch-Oesterreichischen Staate kommen würden. Wenn die Tschechen daraus einen Anspruch auf einen Teil von Wien ableiten, so könnten die Deutschen mit viel größerem Recht einen Teil von Prag für ihren Staat beanspruchen.

Das geschlossene deutsche Sprachgebiet umfaßt folgende Länder: Nieder- und Oberösterreich mit den angrenzenden Bezirken des südböhmischen Wälders und Böden (Moldau, Böhmen, Krain, Krumau), mehr als zwei Drittel von Steiermark bis in die Gegend nördlich der Drau, mehr als drei Viertel von Kärnten (mit Ausnahme des Salsburgs), ganz Salzburg, fast drei Fünftel von Tirol mit Bozen, Meran u. Trient, ganz Vorarlberg und außer den genannten Teilen von Böhmen und Mähren die Hauptgebiete Währens im West- und Nordwesten und Norden mit Morienbad, Eger, Karlsbad, Teplitz, Leitmeritz, Reichenberg und Braunschweig, ferner die nördlichen Teile Böhmens und den Westen Schlesiens mit Freiwaldau und Jägerndorf. Das überwiegend deutsche Brunn ist eine Sprachinsel mitten im tschechischen Gebiet. Die deutsch-böhmischen Gebiete sind durch den tschechischen Reil von dem übrigen Deutsch-Oesterreich getrennt.

In ganzen wohnen 3,5 Millionen Deutsche in Böhmen, Mähren und Schlesiens, während die Zahl der Tschechen 6,3 Millionen beträgt, also noch nicht einmal das Doppelte. Da die deutschen Siedlungen in Böhmen ebenso alt sind wie die tschechischen, und Böhmen all seine Kultur den Tschechen verdankt, so ergibt sich, daß den Ansprüchen der Tschechen auf die deutschen Teile Böhmens, Mährens und Schlesiens jede Berechtigung fehlt. Ebenso lassen sich die Ansprüche Italiens auf die Brennergrenze weder historisch noch ethnographisch begründen; ihre Verwirklichung würde eine Vergeßung eines echt deutschen Volkstammes bedeuten. Unmittelbar an Niederösterreich und Steiermark grenzen die zu Ungarn gehörigen, von Deutschen bewohnten Gebiete um den Neusiedler See, von Breßburg, Oedenburg und Güns, sie würden bei einer Auflösung Ungarns ihren natürlichen Anschluß an den deutsch-Oesterreichischen Staat finden.

Baden.

Das neue Ministerium.

oc. Karlsruhe, 11. Nov. Der Soldatenrat und der Wohlfahrtsausschuss erlassen an das badische Volk eine Kundmachung, wonach sich gestern eine provisorische Volksregierung für Baden gebildet hat, welche die Macht übernommen hat. Sie besteht aus folgenden Personen: Vorsitzender Anton Geiß, Landtagsabgeordneter, Mannheim; Ministerium des auswärtigen Oberbürgermeister Dietrich, Landtagsabg., Konstanz; Ministerium für soz. Fürsorge Metallarbeiter Adolf Schwarz, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Mannheim; Ministerium für militärische Angelegenheiten Bahnhurmann, Bräunle, Vorsitzender des Soldatenrats in Karlsruhe; Ministerium des Inneren Dr. Ludwig Haas, Reichstagsabgeordneter, Koblentz; Ministerium der Finanzen Prof. Birch, Reichs- und Landtagsabgeordneter, Freiburg; Ministerium der Justiz Rechtsanwält Maxum, Landtagsabgeordneter, Karlsruhe; Ministerium des Verkehrs Geschäftsführer Leopold Müller, Karlsruhe; Ministerium des Unterrichts Fritz Stöckinger, Landtagsabgeordneter, Pforzheim; Ministerium für Ernährungsfragen Rechtsanwalt Teunt, Stadtrat in Karlsruhe; Ministerium für Hebergenossenschaft und Wohnungswesen Arbeitersekretär Marzloff in Freiburg.

Der Aufruf der neuen Regierung.

X. Karlsruhe, 11. Novbr. An die Befamntgabe des neuen Ministeriums schließt der Soldatenrat und Wohlfahrtsausschuss folgende Kundmachung:

Die neue Regierung wird eine aufgrund des allgemeinen Wahlrechts hervorgegangene Landesversammlung darüber entscheiden lassen, welche Staatsform, ob Monarchie oder Republik für Baden maßgebend sein soll. Ohne Rücksicht darauf, wie diese Entscheidung ausfällt, soll Baden die Zukunft ein Bestandteil des Deutschen Reiches bilden. Wir fordern das badische Volk auf, den Anordnungen der neuen Regierung Folge zu leisten und die Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die Beamten bleiben in ihren Stellungen und haben in treuer Weise ihre Pflichten zu erfüllen.

Die Soldaten werden aufgefordert, in die Anordnungen zurückzuführen und den dienstlichen Anforderungen zu gehorchen, soweit sie nicht für den Soldatenrat in Anspruch genommen werden. Nur wenn diesem Ruf Folge geleistet wird, ist es möglich, Ordnung und gute Verfassung durchzuführen. Für den Soldatenrat unterzeichneten den Aufruf: Bräunle und Defer; für den Wohlfahrtsausschuss: Stadtrat Sauer, Abg. Nebmann, Gewerkschaftssekretär Erising und Stadtrat Waspang.

Eine Kundmachung des Großherzogs.

X. Karlsruhe, 11. Nov. Am Sonntag hat der Großherzog dem Soldatenrat und dem Wohlfahrtsausschuss folgende Mitteilung zugewandt lassen:

Der Großherzog begrüßt es lebhaft, daß nach Ihrer aller Ansicht Baden unter allen Umständen ein Bestandteil des Deutschen Reiches bleiben soll. Die Errichtung einer provisorischen Regierung lediglich durch in Karlsruhe wohnende

Parteilichkeiten und Mitglieder des Soldatenrates von der Großherzog zwar als verfassungsmäßig nicht anerkennen, will jedoch in Betracht der durch die Zeitumstände verursachten besonderen Lage einen Widerspruch gegen die absichtlichen Maßnahmen nicht erheben. Folgerweise wird der Großherzog lediglich Kenntnis von der Errichtung einer provisorischen Volksregierung und der Absicht der Durchführung einer verfassunggebenden Versammlung.

Der Großherzog gibt sich der Hoffnung hin, daß die provisorische Regierung ihr Ziel, unserer geliebten Heimat Ruhe und Ordnung zu erhalten, erreichen möge.

Seine Königl. Hoheit haben geruht, die gegenwärtigen Minister in Gnade ihrer Aemter zu entheben und in einseitigen Ruhestand zu versetzen.

Prinz Max von Baden in Karlsruhe.

h. Karlsruhe, 11. November. (Priv.-Tel.) Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden, der gestern in Berlin verabschiedet wurde, ist in den Abendstunden in Karlsruhe eingetroffen. Das Herzogspaar von Braunschweig befindet sich in Begleitung des Prinzen Max, der von der Bahnhofsstation in Karlsruhe begrüßt und in sein Palais geleitet wurde.

h. Karlsruhe, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Die provisorische Regierung, soweit ihre Mitglieder in Karlsruhe anwesend waren, hielt gestern im Reichshaus unter Vorsitz des Ministers des Inneren Haas ihre erste Sitzung zur Erledigung der notwendigen Fragen ab. Ihr wählten auch die Geschäftsführer der Arbeiterzeitungen bei, denen durch die neue Regierung ein dingt Pressefreiheit zugesichert wurde. Seitens der Vertreter der Karlsruher Tageszeitungen ward hierzu ausgedrückt, wie das Vertrauen des Volkes zu seiner Presse unerschütterlich ist.

Der Minister Dr. Haas gab unmittelbar nach seiner Erber in Berlin telefonisch bekannt. Neben 6 Uhr eine Besprechung beim stellvertretenden Kommandierenden General, wo der neue Minister für militärische Angelegenheiten Bruenner so tan die Gegenüberstellung der Befehlshaber der Generalkommandos übernimmt, damit der gesamte militärische Apparat auf solche Weise von Vertretern des Soldatenrat kontrolliert, ohne Säuberung weiter arbeiten kann.

h. Karlsruhe, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Heute Nachmittag 4 Uhr fand in Karlsruhe eine Gesamtsitzung der Vorläufigen aller badischen Soldatenräte statt, woraus um 6 Uhr nachmittags das gesamte Ministerium zum ersten Mal im Anschluß seiner von auswärts kommenden Mitglieder zusammentrat.

Letzte Meldungen.

Die Westmächte und die Revolution.

e. Von der Schweizer Grenze, 11. Nov. (Pr.-Tel.) In unterrichteten politischen Kreisen der Schweiz wird ein Uebergriffen der revolutionären Bewegung auf Deutschland und Frankreich nach den Ländern der Westmächte durchaus im Bereich der Möglichkeit liegend, verheißt sich nicht, daß sich umfänglichere Störungen bei den gegenwärtigen alliierten Heeren naturgemäß sehr viel schwerer und länger famer durchsetzen werden.

Wenn auch Gerüchte davon sprechen, daß sich in einigen französischen Kreisen oder in der englischen Flotte revolutionäre Stimmungen bemerkbar machen, so müssen diese als eine Reihe mit der größten Vorsicht aufgenommen werden. In keinem Zweifel unterliegen, daß Frankreich und die Alliierten unüberprüft lassen werden, um ankommende umfänglichere Bewegungen in den Armeen der Alliierten mit aller Sorgfalt zu unterdrücken.

Der Kaiser nicht interniert.

o. Berlin, 11. Novbr. (Von unserem Berliner Botschafter) Die holländische Meldung über die Internierung des kaiserlichen Kaisers in Holland befreit sich einseitig durch die Fortschreitende Auflösung in der italienischen Armee.

c. Von der Schweizer Grenze, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Die „Luzerner Morgenzeitung“ erzählt aus Innardun, daß die italienische Armee macht der Auflösungsbewegung fortgeschritzte. Die italienischen Soldaten erklärten, sei Friede und sie gingen ebenfalls nach Hause, wie die Schweizer. In der besten italienischen Armee jedoch erklärte die Soldaten den Gehorsam Auf die letzte italienische Armee hat die Auflösungsbeziehung besonders aber nachdem sie den Auflösungsprozess bei den Oesterreichern bemerkt hatte.

Die revolutionäre Bewegung in der Schweiz.

e. Von der Schweizer Grenze, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Laut Schweizer Blättern hat die Schweizer Landesregierung anfänglich der drohenden revolutionären Bewegung in der Schweiz weitere Truppen aufzustellen in Zürich, Bern, Basel, Gené und andere Städte unter verstärktem militärischen Schutz. Die holländische Bewegung ist überall stark durchgedrungen. In einzelnen Zwischenfällen ist es bisher aber nicht gelungen.

Victor Adler gestorben.

o. Berlin, 11. November. (Von unserem Berliner Botschafter) Der deutsch-österreichische Führer Viktor Adler, der in Wien bei der deutsch-österreichischen Revolution in der leitenden Rolle spielte und zum Staatsekretär des Kaiserlichen ernannt worden war, ist plötzlich gestorben.

Das Ergebnis der neunten Kriegsanleihe.

o. Berlin, 11. November. Von unserem Berliner Botschafter wird an dieser Stelle mitgeteilt, daß das Ergebnis der neunten Kriegsanleihe 10 Millionen übersteigt. Kleinere Reichsmünzen sehen noch aus, aber die Heftzeichnungen, für die die Zeichnungsjahr noch nicht gelassen ist.

m. Köln, 11. Nov. (Pr.-Tel.) Die königliche Volksgenossenschaft aus Wien: Die Wiener Blätter nehmen den Marsch der bayerischen Truppen in allgemeinen sympathischer auf. Die Bayern erreichten Franzosen und Oester. Die Engländer sind in Slavonien eingetroffen. Brouberg, 11. Nov. (W.F. Mitteil.) In Erzgebirg und Graubünd haben sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet.

Aus Stadt und Land.

Die Bewegung in Mannheim.

Es war uns nicht mehr möglich, auf die andern beiden... Die Bewegung in Mannheim... Arbeiter- und Soldatenrat... Die Bewegung in Mannheim...

richtet, die Grundbuchführung ebenso wie die Vermessungswerte und... Die Bewegung in Mannheim...

Dem babilischen roten Kreuz. In der letzten Sitzung des... Die Bewegung in Mannheim...

3. Berlin Reichshochschule für Frauen und Mädchen. Es... Die Bewegung in Mannheim...

pp. Marktüberwachung. Unrechtmäßig war der heutige Markt... Die Bewegung in Mannheim...

Polizeibericht vom 11. November. Selbstmord beging aus... Die Bewegung in Mannheim...

Erhöhung des Kaspereises um 80 Pfg. vom Gemeinderat angenommen... Die Bewegung in Mannheim...

Aus dem Großherzogtum.

Weinheim, 8. Nov. Der Postauswechsler Gustav Klemme... Die Bewegung in Mannheim...

Speyer, 7. Nov. Die Kriegsverbote sind durch ein... Die Bewegung in Mannheim...

Frankfurt, 6. Nov. Im „Frankf. Generalkanz.“ befindet sich... Die Bewegung in Mannheim...

Pforzheim, 9. Nov. Der Kaufmann Valentin Seubert aus... Die Bewegung in Mannheim...

Gerechtigkeiten.

Breisach, 8. Nov. Ein Ruffert aus dem Reich des heiligen... Die Bewegung in Mannheim...

Zur Herstellung von Obstbrennwein.

Karlsruhe, 10. Nov. Nach der Bekanntmachung... Die Bewegung in Mannheim...

Uraufgeklärte Diebstähle. Ein noch unbekannter... Die Bewegung in Mannheim...

Bühl, 10. Nov. Der Bürgerausschuss beschloß, sich mit... Die Bewegung in Mannheim...

Stuttgart, 7. Nov. In der letzten gemeinlichen Sitzung... Die Bewegung in Mannheim...

Stuttgart, 7. Nov. In der letzten gemeinlichen Sitzung... Die Bewegung in Mannheim...

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Abendnachricht. Der Vorstand der Mannheimer... Die Bewegung in Mannheim...

